Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,600.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 30 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.
Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 250. Sonnabend den 6. September 1884. 78. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag, den 7. September Vormittags nur bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung,
die Reichstagswahl betreffend.

Behufs Aufstellung der Reichstagswahllisten werden in den nächsten Tagen in die einzelnen Grundstücke der Stadt von uns Fragebogen gesendet werden, in welche alle diejenigen hier wesentlich wohnhaften, wenn auch vorübergehend abwesenden männlichen Personen mit Vor- und Zunamen nach Stand und Gewerbe einzuzeichnen sind, welche das 23. Lebensjahr erfüllt haben und Angehörige des Deutschen Reiches sind.

Die Hausbesitzer oder deren Stellvertreter haben diese Fragebogen den Abmiethern, letztere aber ihren etwaigen Aftermiethern zuzustellen; die Fragebogen sind genau nach der denselben vorgedruckten Anweisung auszufüllen und bei Vermeidung von 10 ℳ Geld- beziehentlich entsprechender Haftstrafe längstens binnen 2 Tagen, vom Tage der Zusendung an gerechnet, von 8—12 Uhr Vormittags und von 2—6 Uhr Nachmittags entweder **im hiesigen Meldeamt 1. Abtheilung (Einwohnerbureau) Reichsstraße 53/55 oder in den Meldestellen der Polizeiwachen** von den Hauseigenthümern oder deren Stellvertretern persönlich oder durch Beauftragte, welche über die Hausbewohner genaue Auskunft zu ertheilen vermögen, abzugeben.

Jeder Wähler hat sich übrigens nur in den Fragebogen des Hauses, in welchem er wohnt, einzutragen.

Leipzig, den 4. September 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. N.

Bekanntmachung,
die Rückzahlung der städtischen Anleihe vom Jahre 1868 betreffend.

Unter Bezugnahme auf unsere, die 4½ % städtische Anleihe vom Jahre 1868 betreffende Bekanntmachung vom 11. März 1869 (vgl. Nr. 73 des Leipziger Tageblattes und Nr. 62 der Leipziger Zeitung vom Jahre 1869) kündigen wir hiermit unter Zustimmung der Stadtverordneten und mit Genehmigung der Königlichen Ministerien des Innern und der Finanzen den noch nicht getilgten Betrag dieser Anleihe für **den 31. December 1884.**

Die Rückzahlung erfolgt nach dem Nennwerth der Schuldscheine gegen Rückgabe der letzteren, der dazu gehörigen Zinsleisten und der noch nicht fälligen Zinsscheine bei unserer Stadtcasse (Rathhaus, I. Etage, Nr. 3).

Von demselben Tage ab findet eine weitere Verzinsung des Hauptstammes nicht mehr statt.

Gleichzeitig stellen wir denjenigen Inhabern von Schuldscheinen der vorstehend gekündigten Anleihe vom Jahre 1868, welche dieselben gegen Schuldscheine der neuen städtischen 4% Anleihe von 15 Millionen Mark (vgl. Bekanntmachung vom 15. Mai 1884, Leipziger Zeitung Nr. 116 und Leipziger Nachrichten Nr. 138) umzutauschen wünschen, den entsprechenden Betrag in Appoints der letzteren bis **zu dem 31. December d. J.** al pari zur Verfügung.

Der Umtausch wird ebenfalls bei unserer Stadtcasse bewirkt und kann bereits früher, und zwar vom 1. September d. J. an erfolgen.

In diesem Falle haben die Inhaber der umzutauschenden 1868er Anleiheschreine den am 31. December d. J. fälligen Zinscoupon ihrer Scheine zurückzubehalten, dagegen die eingetauschten Scheine der 4% Anleihe von 1884 sammt Zinsleisten und Zinsscheinen, abzüglich des ebenfalls am 31. December d. J. fälligen Coupons in Empfang zu nehmen.

Leipzig, den 14. Juni 1884.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Hentschel.

Bekanntmachung.

Volkmarsdorf bei Leipzig. Roß- und Viehmarkt zu Volkmarsdorf bei Leipzig Montag, den 8. September d. J. Standgeld wird nicht erhoben.

Der Gemeinderath.
Lehmann.

Nichtamtlicher Theil.

Zur Colonialfrage.

Der Monat Juli ist für die deutschen Handelsniederlassungen an der Westküste von Afrika von entscheidender Bedeutung gewesen; der ausgedehnte Küstenstrich, welcher sich von Quittah an der Südküste von Nordwestafrika bis zum Meerbusen von Biafra erstreckt, nebst Kamerun, Malimba, Klein- und Großbatanga, also in einer Längenausdehnung von etwa 200 geographischen Meilen, befindet sich an einer Reihe von Hauptpuncten unter deutschem Reichsschutz. Es fehlt uns in dieser Gegend nicht an Concurrenten, denn in Quittah haben wir die Engländer zu Nachbarn und weiter ostwärts haben die Franzosen fuß gefaßt, wie die gestern gemeldete Besitznahme von Porto Novo beweist. Kamerun gegenüber sind spanische Besitzungen, wie die Insel Fernando Po, und die Nigermündungen befinden sich im Besitz der Engländer. Aber in Anbetracht der kurzen Zeit, seit welcher die deutsche Regierung an der afrikanischen Westküste in Action getreten ist, hat sie recht ansehnliche Erfolge zu verzeichnen. Mögen die Engländer über die Doctoren und Mathematiker spotten, welchen die Aufgabe zu Theil geworden ist, den deutschen Reichsschutz in den westafrikanischen Gewässern zu verkünden, dieser Schutz ist darum nicht minder wirksam und diese Wirkung hat bereits praktische Ergebnisse in der Heimath aufzuweisen.

Die Gründung der deutsch-afrikanischen Handelsgesellschaft in Hamburg mit einem Capital von 500,000 ℳ zum Zweck der Begründung neuer Handelsniederlassungen in Westafrika ist ein Zeichen, daß der deutsche Unternehmungsgeist nur des ihm durch den Reichsschutz gewährten Rückhaltes bedurfte, um sich in der erfreulichsten Weise zu entfalten. Bisher war es eine gefährliche Sache für deutsche Kaufleute, an der afrikanischen Westküste Handelsverbindungen anzuknüpfen, und noch zu Anfang Juli, bevor die „Möwe" in Bagrida eintraf, sollten bekanntlich die dort befindlichen deutschen Factoreien von den Eingebornen zerstört werden und noch dazu auf Anstiften des englischen Capitains Firminger. Das Blatt wandte sich erst, als die „Möwe" landete und Generalconsul Nachtigal die deutsche Flagge aufhißte. Da merkten die Neger, daß es nicht blos gerathen sei, mit den Engländern Freundschaft zu halten, sondern daß die gleiche Handlungsweise auch den Deutschen gegenüber das Klügste sei; die geschlossenen Verträge, welche noch kurz zuvor werthlose Papierfetzen waren, erhielten plötzlich die ihnen zukommende Bedeutung und der Friede war auf die leichteste und einfachste Weise hergestellt. Wie aus Privatmeldungen hervorgeht, ist am 21. Juli auch Little Popo von Dr. Nachtigal unter den Schutz des deutschen Reichs gestellt worden und damit ein weiterer wichtiger Stützpunct für die Ausbreitung und Befestigung deutscher Handelsverbindungen in dieser Gegend gewonnen. Bis jetzt war der gesammte Handelsverkehr mit den Eingebornen ein Wagniß, und was allein den Frieden aufrecht erhielt, war das Interesse, welches die Neger daran hatten, Waffen, Salz, Rum und Tabak für ihre Palmenkerne und Elephantenzähne einzutauschen. Diese für sie begehrenswerthen Tauschobjecte konnten sie aber auch von den Engländern erhalten und deshalb nahmen sie keinen Anstand, mit diesen gegen deutsche Kaufleute Ränke zu schmieden, wenn sie dazu mit Aussicht auf Gewinn aufgehetzt wurden. Jetzt wissen die englischen Colonialbeamten, die etwa Lust zu dergleichen Abenteuern verspüren sollten, daß solche Liebesdienste für Deutschland nicht ohne Folgen bleiben könnten, und deshalb werden sie sich wohl hüten, es dem Herrn Firminger nachzumachen.

Die Hamburger und Bremer Kaufleute, welche seit einer langen Reihe von Jahren mit Westafrika in Handelsverbindung stehen, kennen die Ertragsfähigkeit dieser Gebiete für ihre Zwecke und deshalb kommt jetzt eine so große Regsamkeit in diesen Zweig ihrer Handelsthätigkeit. Die Gründung der afrikanischen Handelsgesellschaft in Hamburg ist nur als der erste Schritt auf dieser Bahn anzusehen, andere gleichartige Unternehmungen werden bald folgen und sich weitere Absatzgebiete in Westafrika erschließen. Welche Zukunft gewährt allein Kamerun mit seinem gut bevölkerten Hinterlande für den deutschen Unternehmungsgeist! Das, was die Firma Woermann seit 1868 dort erreicht hat, kann nur dazu dienen, zahlreiche andere Kaufleute nach diesem Punct zu ziehen. Hat sich doch die Ausfuhr eines Jahres auf 800,000 Gall. Palmöl, 15,000 Pfund Elfenbein und 8000 Centner Palmenkerne belaufen. Das geschah auf gut Glück ohne Reichsschutz, ohne daß ein deutscher Consul die Rechte deutscher Staatsangehöriger in jenen Gegenden wahrnahm. Jetzt steht Kamerun unter diesem lange entbehrten Schutz, jede gegen Deutsche begangene Gewaltthat hat strenge Bestrafung zur unausbleiblichen Folge, also stehen solche Gefahren für zukünftige Unternehmen nicht mehr zu erwarten oder sind weit unwahrscheinlicher geworden. Wir bedürfen für unsern stets wachsenden Ueberschuß an Kräften dringend der Erschließung neuer Erwerbsquellen und Absatzgebiete und diese sind jetzt an der Westküste Afrikas gegeben. Es wird allerdings überschwenglichen Hoffnungen jetzt von Berlin aus durch die Erklärung ein Dämpfer aufgesetzt, daß amtliche Nachrichten über die Vorgänge an der westafrikanischen Küste bis jetzt nicht vorliegen, aber durch diese Erklärung werden die vorliegenden Privatmeldungen nicht zu Erfindungen gemacht, die Thatsache der Erwerbungen ist nicht in Abrede zu stellen und alle die daraus gezogenen Schlußfolgerungen haben ihre volle Berechtigung. Es mag ja für die Regierung eine schwere Aufgabe sein, den Herren Richter, Bamberger, Rickert und Genossen die Colonialangelegenheiten in streng mathematischen Grenzen und in genauester Uebereinstimmung mit dem vom Reichskanzler skizzirten Colonialprogramm zu halten und nicht über den Schutz und die Förderung der Handelsinteressen hinauszugehen, und deshalb die große Zurückhaltung von amtlicher Seite in diesen Fragen. Aber was soll dann geschehen, wenn uns feindliche Einflüsse gegenüber treten, wie der in Bagrida, wo ein englischer Seeofficier es nicht unter seiner Würde gehalten hat, den dort wohnenden Deutschen die Neger auf den Hals zu hetzen? Da giebt es kein anderes Mittel, als die deutsche Schutzherrschaft zu verkünden, und wenn Herr Bamberger darüber auch außer sich gerathen sollte. Ist es vielleicht besser, die deutschen Kaufleute in Afrika schutzlos ihren Angreifern preiszugeben, oder das Leben einiger Matrosen in Gefahr zu bringen, um dem deutschen Namen und der deutschen Flagge in Westafrika Achtung zu verschaffen?

Die Reichsregierung ist in der keineswegs beneidenswerthen Lage, sich den Rücken gegen Kritiker vom Schlage der Herren Bamberger und Richter freihalten zu müssen, welche Dinge von ihrem Sitz im Reichstage aus beurtheilen, für welche ihnen jedes Verständniß mangelt oder nach ihren im Reichstage gehaltenen Reden wenigstens zu mangeln scheint. Während man sich in ganz Deutschland über das feste und energische Auftreten des Abgesandten Deutschlands in Westafrika freut und ein großer Welthandelsplatz wie Hamburg bereits darauf seine Unternehmungen gründet, unterhält Herr Richter die Berliner Wähler mit schlechten Witzen, wie der von uns vor einigen Tagen an dieser Stelle gewürdigte Ausspruch: „Wie denken Sie über Afrika?" Wir wünschen und hoffen, daß diese von Herrn Richter aufgeworfene Frage überall die Antwort erhält, welche sie verdient, und die wir ihr bereits ertheilt haben. Im Uebrigen liegt die Sache so, daß die ungeheure Mehrzahl der deutschen Wähler auf Seite der Reichsregierung bei Bethätigung ihrer Colonialpolitik steht und daß sie getrost in der bisherigen Weise auch ferner vorgehen kann, ohne bei dem deutschen Volke, bis auf einige Nörgeler, auf Widerstand und eine abfällige Kritik ihrer Handlungsweise zu stoßen. Die deutsche Flagge wurde bisher an der Westküste Afrikas nicht mit der Achtung begrüßt, welche ihr zukommt, und dafür, daß dies jetzt geschieht, gebührt der Reichsregierung der Dank nicht nur Derer, welche in Westafrika Geschäftsverbindungen angeknüpft haben, sondern des deutschen Volkes. Wir haben gesehen, von wie weit tragender Wichtigkeit der Schutz ist, welchen die deutsche Flagge genießt, als die Frage schwebte, ob England Ansprüche auf Angra Pequena erhebt. Die englische Regierung hat durch ihr Verhalten in dieser Angelegenheit gezeigt, daß sie ein besseres Verständniß für die Wichtigkeit derselben besitzt als unsere Volksvertreter vom Schlage der Herren Richter und Bamberger. Es stand allerdings für die Entwicklung der Colonialfrage dabei Großes auf dem Spiel. Der Unterschied zwischen der englischen Regierung und den beiden genannten deutschen Volksvertretern besteht nur darin, daß jene englische Interessen vertraten, aber diese nicht etwa deutsche.

Leipzig, 6. September 1884.

* Die „Germania", das Hauptorgan des deutschen Jesuitismus, erkennt bei den Wahlen in den Landestheilen mit polnischer Bevölkerung kein deutsches Interesse an. Wo das nationale Gefühl der deutschen Katholiken stark genug ist, um sich einem national-polnischen Candidaten gegenüber zur Geltung zu bringen, da beeilt sich das Amtsblatt der Centrumspartei, es sofort zurückzudrängen. „Der Culturkampf ist noch lange nicht zu Ende", ruft die „Germania" den deutschen Katholiken in Kosten zu, welche den Wahlkreis mit den Conservativen und Liberalen den Polen entreißen wollen, „seine Beseitigung muß erzwungen werden. Abgesehen davon, daß ein katholischer Pole mit dem Centrum in den meisten Dingen von Wichtigkeit übereinstimmt, müssen wir der Regierung so viel entschiedene Gegner des Kirchenconflicts präsentiren, wie nur möglich. Damit ergiebt sich die Direktive für die Kreitzer Wahl von selbst." Ebenso eifrig tritt sie im Wahlkreise Fraustadt zu Gunsten einer national-polnischen Wahl ein. Gegen den von conservativer Seite in Aussicht genommenen Landrath von Reinbaben zieht sie mit Wendungen zu Felde, welche in jedem Demokratenblatte paradiren könnten. „Die Conservativen", heißt es in dem Organ der Centrumspartei, „greifen zu einer Landrathscandidatur. Das charakterisirt sie, und falls die Liberalen wirklich darauf eingehen, so wären auch sie hinlänglich damit charakterisirt. Daß ein im Amte befindlicher Landrath nicht diejenigen Bürgschaften für seine Unabhängigkeit bietet, welche wir und der Liberalismus fordern, versteht sich von selbst. Der Herr Landrath kann uns Katholiken keine Garantie dafür geben, daß er unsere heiligsten religiösen Forderungen auch gegen die Regierung unterstützen wird. Kein Katholik kann also ihm seine Stimme geben." Je mehr das Centrum für polnische Wahlen eintritt, um so dringender ist für alle übrigen deutschen Elemente der Zusammenschluß geboten. Daß gerade im Fraustädter Kreise die versuchte Einigung bisher nicht geglückt ist, muß im höchsten Grade bedauert werden. Der Kreis, welcher bis 1881 durch den nationalliberalen Abgeordneten v. Puttkamer vertreten war, wurde damals von den Polen mit genauer Noth erobert, während die für Herrn v. Puttkamer und den Secessionisten Witt abgegebenen Stimmen vereinigt genügt hätten, den polnischen Candidaten gleich im ersten Wahlgange zu schlagen. Hoffentlich gelingt es noch, eine Einigung herbeizuführen und den Wahlkreis für die Deutschen wiederzugewinnen.

* Entgegen den ausdrücklichen Erklärungen ultramontaner Blätter will der „Reichsbote" bezweifeln, daß das Centrum wieder gegen das Militairseptennat stimmen werde. Diesen Zweifel weiß das conservative Blatt auf nichts Besseres zu stützen, als darauf, daß ein Theil des Centrums zu auch dem Socialistengesetz gegenüber seine Stellung veränderte. Dies geschah aber mit der ausdrücklichen Motivirung, daß die durch Erlaß des Gesetzes herbeigeführte veränderte Lage auch eine veränderte Stellungnahme erfordere. Die Analogie mit dem Militairseptennat trifft also gar nicht zu. Der „Reichsbote" wird übrigens mit seinen Zweifeln wohl sich selbst, sonst aber Niemandem Sand in die Augen streuen können.

* Aus Kiel wird der „Kölnischen Zeitung" vom 2. Sept. geschrieben: „Nach dem Vorbilde des Wahlkreises Schleswig werden die Nationalliberalen der Provinz Schleswig-Holstein in allen Wahlbezirken einen Zusammenschluß mit den Conservativen suchen, um gemeinsam gegen den Fortschritt Front zu machen. Hierselbst hat der conservative Verein mit der Parteileitung der Nationalliberalen, die vorzugsweise in den Händen des Abgeordneten Oberlandesgerichtsraths Schütte liegt, Verhandlungen eingeleitet, die zur Verständigung über einen gemeinsamen Candidaten führen sollen, worauf man dann an die Wahl eines gemeinsamen Agitationsausschusses gehen will. In Altona ist ein solcher Zusammenschluß zwischen Conservativen und Nationalliberalen gestern ebenfalls vollständig geworden und in Flensburg steht derselbe wie in Kiel bevor. Herr Abgeordneter Schütte hat bei der bisherigen Verständigung mit den Conservativen erklärt, daß sein ehemaliges Bündniß mit Hänel schon in sich die Bedingungen einer vorübergehenden Dauer getragen und jetzt als vollständig gelöst zu betrachten sei, daß die Nationalliberalen Schleswig-Holsteins diesmal in keinem Wahlkreise die geringste Verständigung mit den Deutschfreisinnigen suchen und bei Stichwahlen auch wahrscheinlich ihre Stimmen auf einen Conservativen vereinigen würden, sofern solcher bedingungsmäßig von ihnen anerkannt wird. Die conservative Partei in Kiel hat sich jetzt deshalb dazu entschlossen, diese Verständigung mit den Nationalliberalen zu suchen, weil sie auf diesem Wege glaubt, sich ihrem ersten und hauptsächlichsten Ziele, der Beseitigung Hänel's, schneller nähern zu können als im selbstständigen Wahlkreise und weil außerdem auch ihr bisheriger Candidat, Herr Graf Reventlow-Preetz, nicht über ein so kräftiges körperliches Wohlbefinden verfügt, daß er sich den Anstrengungen rednerischer Aufgaben während der Wahlcampagne unterziehen könnte."

* Gegen den Candidaten der deutschfreisinnigen Partei, Traeger, hat die alte Fortschrittspartei in Elberfeld Rechtsanwalt Kohn in Dortmund zu ihrem Candidaten für den Reichstag aufgestellt.

* Dem einstmaligen Statthalter von Schleswig-Holstein, Dr. Beseler, widmet die „Kieler Zeitung" einen Nachruf, an dessen Schluß es heißt: „In Wilhelm Beseler ist der Mann geschieden, welchem das schleswig-holsteinische Volk mehr als irgend einem Andern seine nationale Wiedergeburt durch thätiges Eingreifen in den Tagen der Vorbereitung und Entscheidung der Erhebung von 1848 verdankt. Durch sein tapferes Verhalten in den letzten Jahren vor 1848, im Widerstand gegen die dänischen Unterdrückungsmaßregeln, hatte er das volle Vertrauen der Bevölkerung gewonnen und war 1848 ebenso berufen als bereit, sich an die Spitze der Erhebung zu stellen, die er im liberalen und nationalen Sinne so weit durchführte, als dies unter dem hingebungsvollen Beistand der Schleswig-Holsteiner möglich war. Der Sache, für welche er so tapfer und klug gestritten, war er treu bis ans Ende und auch über die Zeit hinaus, in der die erste Erhebung Schleswig-Holsteins an der Reaction in Deutschland scheiterte. Sein Name wird unter uns in dankbarer Erinnerung bleiben, so lange Schleswig-Holstein seine Vergangenheit in Ehren hält."

* Der Reichskanzler trifft, wie die „Hamburger Nachrichten" mittheilen, am 11. oder 12. d. M. in Berlin ein.

* Der Staatssecretair im Reichsamt des Innern, Staatsminister von Bötticher, hat sich am Donnerstag nach Varzin zum Reichskanzler begeben und dürfte am Sonnabend von dort zurückkehren.

* An Stelle des als Vicepräsidenten der Regierung zu Kassel berufenen Geh. Raths Magdeburg dürfte der Landrath Bartels in Mansfeld commissarisch in das Reichsamt des Innern berufen werden.

* In einem Artikel eines Provinzialblattes, überschrieben: „Nationale Anstandspflichten", finden sich folgende treffende Bemerkungen:

Nie hat der deutsche Reichskanzler in der Schätzung seiner Zeitgenossen höher gestanden als jetzt, wo der von ihm aufgerichtete Friedensbund selbst in Frankreich als ein verdienstvolles Werk anerkannt und wo von unseren erklärtesten Nebenbuhlern und Gegnern eingestanden wird, die neuen colonialen Erwerbungen der Deutschen hätten einen abermaligen überraschenden Beleg für den Weitblick und den unerschöpflichen Gedankenreichthum ihres nationalen Staatslenkers bewiesen. Uns Zeitungsschreibern gehen täglich Dutzende von Zeitungsblättern aus aller Herren Ländern durch die Hände; französischen, englischen, russischen, dänischen ꝛc. Journalen, die von der Person des Fürsten Bismarck in niedriger, herabwürdigender Weise sprechen oder seine menschlichen und privaten Eigenschaften zum Gegenstande der Verunglimpfung machten, doch wir schon lange nicht mehr begegnet. Respect hat der Erneuerer des deutschen Namens sich in so hohem Maße errungen, daß seine erklärtesten Gegner es für unwürdig und unanständig halten, denselben außer Augen zu sehen und sich als diese Lästrer zu geberden.

Die einzigen Ausnahmen, die in dieser Rücksicht überhaupt noch vorkommen, kommen in der deutschen, und zwar in der deutsch-freisinnigen Presse vor.

Vor uns liegt ein mit den Namen H. Hermes, L. Bartsius und Eugen Richter geschmücktes Wochenblatt, daß einen Aufsatz über den Gesundheitszustand und die ärztliche Behandlung des Kanzlers enthält, von dem man glauben könnte, er sei in einer Klause der Vorstädte New-Yorks, Londons oder Lyons und nicht in der deutschen Reichshauptstadt, unter der Autorität anerkannter Parteiführer entstanden. Die körperlichen Beschwerden des berühmtesten Deutschen seiner Zeit, die schlaflosen Nächte, die ihm durch seine überangestrengte Thätigkeit bereitet werden, die Heilmittel, denen er die Besserung seines Zustandes zu danken hat, werden mit einer Dreistigkeit unwürdiger Späße übergossen — scherzhafte Betrachtungen über den Schaden angestellt, welcher dem deutschen Volke aus der Ruhelosigkeit des Kranken erwachsen sein sollte, — endlich die Verdienste, die der Arzt des Kanzlers sich um diesen und dadurch um die Nation erworben hat, herabgewürdigt und ins Lächerliche gezogen. Und das Alles in dem denkbar niedrigsten Ton, in der Sprache der Bierbank und mit der unverhohlenen Absicht, die Empfindungen der Freude und des Stolzes, die jede Nation bei Nennung der Namen ihrer großen Männer empfindet, zu besudeln und anzuwanzen.

Mit einer Partei, deren Führer sich dergleichen Unwürdigkeiten ohne Besorgniß von Schädigung ihres Ansehens und ihrer Stellung erlauben dürfen, muß es weit gekommen sein! So lange der Deutsche kein politisches Vaterland besaß, pflegte er sich in den Fällen solcher Art damit zu entschuldigen, daß wir es zu politischer Selbstachtung überhaupt noch nicht gebracht hätten. Diese Entschuldigung trifft längst nicht mehr zu. Es bleibt darum nichts übrig, als solchen Schändern des deutschen Namens die politische Gemeinschaft aller anständigen Leute aufzukündigen. — Möchte diese von aller Parteistellung unabhängige nationale Ehrenpflicht bei den nächsten Wahlen wenigstens zum Theil erfüllt werden!

* Der „Kölnischen Zeitung" zufolge werden von der kaiserlichen Admiralität die Vorarbeiten zur Organisation eines neuen Küstentorpedoschutzes getroffen. Es besteht eine Küstenstationsbesichtigungs-Commission, welcher unter höherer Leitung die Ausführung dieser Arbeiten zugewiesen ist. Die neue Organisation, für welche als Material in erster Reihe die Torpedoboote verwandt werden sollen, wird mit den über die ganze deutsche Küste vertheilten Beobachtungsstationen in Verbindung gebracht werden, derart, daß für die ganze Zahl der 90 Torpedoboote Küstenbootsdepots errichtet werden sollen, welche Centralstellen für Verwaltung und gefechtsmäßige Verwendung dieser Fahrzeuge innerhalb eines jeden einzelnen Küstenbezirks bilden werden.

* Am Freitag, den 4. Juli, ist, wie gestern bereits nach der „Kölnischen Zeitung" telegraphisch gemeldet wurde, die Stadt Porto Novo militairisch von den Franzosen besetzt und dadurch das französische Protectorat über das Land thatsächlich hergestellt worden. Die eingerückte bewaffnete Macht besteht aus einem Oberstlieutenant, der zugleich Gouverneur ist, zwei Lieutenants, 57 Soldaten vom Senegal und 16 aus Algier. Um nach der Stadt Porto Novo zu gelangen, mußten diese Truppen das Wasser bei Agege passiren, das von den Engländern besetzt gehalten wird und durch welches den Franzosen bisher der Durchgang unter Androhung von Gewalt verboten war. — Nach in Köln weiter eingegangenen Nachrichten aus Little Popo, an der Dahomé-Küste gelegen, hat Herr Dr. Nachtigal, der auf der „Möwe" im Auftrage des deutschen Reiches eine besondere handelspolitische Mission an der Westküste Afrikas zu erfüllen hat, diese Stadt unter deutsches Protectorat genommen. Die Eingeborenen sowohl wie die europäischen Kaufleute sind durch dieses Vorgehen sehr befriedigt.

* Aus den jüngsten Mittheilungen über die Bewegungen der deutschen Kriegsschiffe ergiebt sich, daß die Corvette „Leipzig", Commandant Capt. z. S. Herbig, am 7. August Angra Pequena verlassen hat. Sie wird sich dort mit der Corvette „Elisabeth", Commandant Capt. z. S. Schering, begrüßt haben, welche an demselben Tage, 7. August, die Reise nach der Capstadt fortsetzte und von dort am 21. August die Reise nach Südaustralien antrat. Ob das Kanonenboot „Wolf", Commandant Corvetten-Capitain v. Raven, auch einige Plätze an der westafrikanischen Küste angelaufen, läßt sich aus den vorliegenden amtlichen Nachrichten noch nicht ersehen, denn das